

Zu den gegenwärtigen
deutsch-amerikanischen
Differenzen

Beziehungen in schwerster Krise

Christian Hacke

Die gegenwärtige Krise in den deutsch-amerikanischen Beziehungen resultiert aus der gegensätzlichen Bewertung der Bedrohung durch den Irak, die Ursachen jedoch liegen tiefer. Differenzen kündigten sich schon in den 90er Jahren an und beziehen sich insgesamt auf die amerikanisch-westeuropäischen Beziehungen. Der amerikanische Politikwissenschaftler Robert Kagan hat in einem Aufsehen erregenden Aufsatz mit dem Titel „Macht und Schwäche. Was die Vereinigten Staaten und Europa auseinander treibt“ eine auf den ersten Blick plausible Erklärung angeboten: Das enorme militärische Machtgefälle zwischen den USA und Europa sei Ursache für auseinander laufende politische Perspektiven. Wer über dominante militärische Macht verfüge, so Kagan, der wolle sie auch nutzen. Wem hingegen diese Macht fehle, der entwickle verständlicherweise eine Abneigung gegen deren Einsatz. Folglich neigt Europa dazu, Bedrohungen wie die durch Saddam Hussein herunterzuspielen.

Alte Gegensätze

Doch wird laut Kagan schon seit Ende des Kalten Krieges zwischen Europa und den USA eine gegensätzliche Bewertung von Macht in internationalen Angelegenheiten erkennbar, was dazu geführt habe, dass Europäer und Amerikaner auf unterschiedlichen Planeten lebten, Erstere auf der Venus, die Amerikaner dagegen auf dem Mars.

Kagans Schlussfolgerung lautet: „Es ist an der Zeit, mit der Illusion aufzuräumen,

Europäer und Amerikaner lebten in ein und derselben Welt oder besäßen gar ein gemeinsames Weltbild. In der entscheidenden Frage der Macht gehen die amerikanischen und europäischen Ansichten auseinander. Europa wendet sich von der Macht ab und betritt eine in sich geschlossene Welt von Gesetzen, Regelungen, transnationaler Zusammenarbeit, ein posthistorisches Paradies des Friedens und des Wohlstandes, das der Verwirklichung von Kants ewigem Frieden gleichkommt. Dagegen bleiben die USA der Geschichte verhaftet und üben Macht in der Hobbes'schen Welt aus, in der auf internationale Regelungen und Völkerrecht kein Verlass ist.“

Diese Sicht der Dinge erscheint plausibel, wenn man sich vor Augen führt, dass im vergangenen Jahrhundert nicht die Europäer für Wiederherstellung von Frieden, Ordnung und Stabilität sorgten, sondern die USA es letztlich richten mussten, auch auf dem europäischen Kontinent. Doch Kagans Konzentration auf die militärische Asymmetrie zwischen Westeuropa und den USA ist einseitig, denn er vernachlässigt die nichtmilitärische Seite der Probleme.

Hier kann Europa, ja kann besonders Deutschland auf eine bemerkenswerte Leistungsbilanz zurückblicken. Dem Prinzip des Multilateralismus in der Weltpolitik besonders verpflichtet, machten alle Bundesregierungen ihr Engagement für eine gemeinschaftliche Außenpolitik und für Gemeinschaftsinstitutionen wie zum Beispiel für die UNO zum Herzstück ihrer

Außenpolitik. Besonders die Regierung Schröder/Fischer betont die Bedeutung des Multilateralismus und der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, die Dringlichkeit von Umweltpolitik, Entwicklungspolitik und der Lösung der neuen globalen Fragen. Dagegen zeigen sich die USA besonders seit Antritt der Regierung Bush bei den neuen nichtmilitärischen globalen Fragen nur wenig aufgeschlossen, während sich die Europäer zum Anwalt der neuen globalen Probleme machen. Hierbei wurde die Regierung Schröder/Fischer zur treibenden Kraft von Verrechtlichung und Multilateralisierung der internationalen Beziehungen.

Veränderte Weltpolitik

Der Terrorangriff am 11. September 2001 verändert die Weltpolitik, auch die deutsche Außenpolitik, auf dramatische Weise. Folglich kann man den 11. September als das „Pearl Harbor der industriellen Zivilisation“ bezeichnen. Auch für die Regierung Schröder/Fischer bestand kein Zweifel, dass für die NATO zum ersten Mal in ihrer Geschichte der Bündnisfall eingetreten war, dass der 11. September einem Angriff auf alle Verbündeten gleichkam und seitdem Außenpolitik und Europapolitik, Krisenmanagement, Erweiterung der EU, Globalisierung und Sicherheitspolitik im Zeichen globaler Terrorismusbekämpfung stehen.

Dank der uneingeschränkten Solidarität der Regierung Schröder/Fischer gegenüber den USA schritt nach dem 11. September 2001 die Bundesrepublik weiter in Richtung internationale Verantwortung. Deutsche Soldaten stehen mittlerweile in Afghanistan, Kuwait, im Kosovo, in Usbekistan, Bosnien, Mazedonien und am Horn von Afrika. Insgesamt gesehen stehen mittlerweile fast 10 000 Soldaten in wechselndem Einsatz, doch ist die Bundeswehr für diese Operationen auf Dauer noch nicht angelegt. Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklich-

keit, zwischen verringerten Kapazitäten und erweiterter Aufgabenstellung bleibt trotz erster Reformansätze noch groß: Engpässe beim Material, unzureichende Transportmöglichkeiten sowie personelle und strukturelle Probleme machen der Truppe zu schaffen. Auch ist im Krisenfall eine Evakuierung aus Afghanistan kaum möglich, weil es der Bundeswehr an Transportkapazitäten mangelt. Ferner fehlt dem militärischen Engagement Deutschlands eine übergeordnete politische Interessenorientierung. Die Regierung reagiert nur auf Anfragen, statt eine eigene planerische Perspektive zu entwickeln. Deutsche Sicherheitspolitik wird deshalb vor allem durch Minimalismus, Desinteresse und Sparzwang auf politischer Ebene geprägt, was durch Engagement und Improvisation auf militärischer Ebene nicht mehr ausgeglichen werden kann. Trotz der in den „Petersberger Aufgaben“ festgesetzten Ziele bleibt die Bundesregierung bei der Kürzung des Wehretats.

Kriegsführung unter Rot-Grün

Es war jedoch staatspolitisch zentral, dass die Beteiligung deutscher Streitkräfte am Krieg der NATO gegen Serbien und im Zuge der Anti-Terror-Koalition von einer rot-grünen Regierungskoalition befördert wurde. Hätten SPD und Grüne auf den Oppositionsbänken gesessen, hätten sie diese sicherheitspolitische Entwicklung auf das Äußerste bekämpft. Deutschland wäre zu außen- und sicherheitspolitischem Immobilismus verdammt gewesen. Erst die Regierungsverantwortung zwang Rot-Grün – wenn auch zähneknirschend – zur zweimaligen Kriegsführung, im Kosovo und in Afghanistan.

Doch legt – wie schon nach dem Krieg auf dem Balkan – die terroristische Bedrohung nach dem 11. September 2001 die tiefe Krise der Gemeinschaftsinstitutionen bloß: EU, WEU, ESVP, OSZE, ja selbst die NATO zeigen Ohnmacht: Die

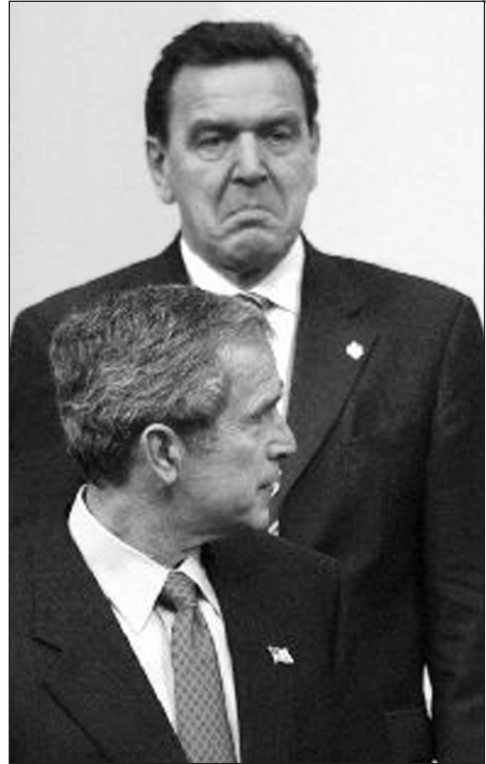
über Jahrzehnte eingespielte transatlantische Machtverteilung wird auf den Kopf gestellt. Europa scheint der Bedeutungslosigkeit preisgegeben, denn die Organisationen und Vertreter der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und der NATO treten seit dem 11. September kaum noch in Erscheinung.

Kriegs- und Friedensbereitschaft

Die Dominanz der USA in der Anti-Terror-Koalition, im Afghanistanfeldzug und im Nahen Osten marginalisiert offensichtlich die Rolle der Europäer. Nach dem 11. September hat sich der Trend zur unipolaren Welt verstärkt. Nach dem 11. September rückte auch in der Nahost-Politik die Bekämpfung des internationalen Terrorismus in den Vordergrund. Doch betont die Bundesregierung Schröder/Fischer die Notwendigkeit einer Verbreiterung und Intensivierung der westlichen Nahost-Politik, um die Strukturprobleme, also die Rückständigkeit dieser Regionen, anzupacken, um dem fanatischen Terrorismus den Nährboden zu entziehen. Während die Europäer auf diese Fragen mit Sensibilität und Verständnis für die kulturellen Belange des Islam reagieren, betonen die USA Selbstbehauptungswillen, Anti-Terror-Maßnahmen und militärische Lösungsvorschläge. Die Amerikaner reagieren mit Kriegs-, die Europäer mit Friedensbereitschaft.

Das Problem liegt darin, dass beide Seiten Recht haben. Wie immer geht es also um das rechte Maß, um das gestritten wird. Dabei wurde das gegenseitige Verständnis für die Vorgehensweise der transatlantischen Partner auch im Nahen Osten immer geringer, wie der Irak-Disput zwischen den USA und Deutschland zeigt. Den Höhepunkt transatlantischer Unstimmigkeiten löste die Bundesregierung Schröder/Fischer aus, als sie den so genannten deutschen Weg in der Irak-Frage im Sommer 2002 postulierte.

Bundeskanzler Schröder und US-Präsident Bush am 21. November 2002 am Rande des NATO-Gipfels in Prag.
© dpa, Foto: Ralf Hirschberger



Die Amerikaner zeigten sich hierbei als kühle, erfahrene und professionelle Realpolitiker, die Deutschen verspielten hingegen emotional, unerfahren und unprofessionell ihre Sachargumente. Bei einer anderen Vorgehensweise hätten sie für Deutschland und Europa einen glänzenden diplomatischen Erfolg erringen können, jenseits des amerikanischen und des deutschen Weges.

Bedenken gegenüber US-amerikanischen Präventivplänen sind von der Bundesregierung Schröder/Fischer beherzt artikuliert worden. Vor allem warnte die Bundesregierung vor einem Krieg gegen den Irak, solange die bestehenden Konfliktherde wie in Afghanistan und Nahost noch nicht befriedet sind. Auch be-

mängelt Berlin die amerikanische Konzeptionslosigkeit mit Blick auf eine „Nachkriegsordnung“ für den Irak und den Nahen Osten insgesamt. Sie fürchtet auch die ökonomischen Kosten eines Irak-Krieges bis hin zu einer internationalen Wirtschaftskrise. Die Risiken eines Präventivschlages gegen den Irak wären, selbst mit UNO-Mandat, folgeschwer; allerdings wäre zumindest die Legitimationsgrundlage mit UNO-Mandat breiter.

Fehlende Diplomatie

Doch deutsche Argumente wurden undiplomatisch formuliert. Weil die Regierung Bush als Kriegstreiber hinstellte, war Deutschland am Ende völlig isoliert und geschwächt. Die Bundesregierung hat den wichtigsten Freund und Partner beispiellos brüskiert und damit das zentrale außenpolitische Interesse Deutschlands, die transatlantische Bindung zu den USA, in einer Frage aufs Spiel gesetzt, die essenziell für Deutschland nachgeordnet, für die USA aber von zentraler Bedeutung ist. Eine kalkulierte Interessenabwägung war offensichtlich in Berlin nicht möglich. Deshalb hat die Bundesregierung durch ihren deutschen Weg auch eine gemeinsame europäische Position verhindert, im Irrglauben, den irakischen Diktator Saddam Hussein mit Beschwichtigungsdiplomatie beeindrucken zu können.

Mit der deutschen Beteiligung an den Kriegen im Kosovo und im Rahmen der Anti-Terror-Koalition, vor allem in Afghanistan, hatte die Regierung die Enttabuisierung des militärischen Instrumentes in den vergangenen drei Jahren selbst durchgesetzt. Doch in der Irak-Frage hat sie sich ins außenpolitische Abseits manövriert. Angetreten, die UNO zu stärken, Multilateralismus zu praktizieren und das militärische Instrument zur Wahrung des Friedens stärker und couragierter einzusetzen, sowie in der Hoffnung, das unilaterale Handeln der USA

glaubwürdig zu kritisieren, ist sie selbst unglaubwürdig und unkalkulierbar geworden. Sie handelte aus wahltaktischem Kalkül rücksichtslos und lehnt es ab, auf andere Vorschläge einzugehen. Doch im Unterschied zu Washington ist Berlin zu schwach, um die USA und den Rest der Welt auf den „deutschen Weg“ zu führen. Deshalb hätte Berlin gemeinsam mit London und Paris und dann mit Moskau und Peking an einem Ausweg mitwirken sollen. Ein UNO-Mandat, verbunden mit einem Ultimatum, wäre der Königsweg gewesen, der die Rolle Deutschlands in dieser schwierigen Frage aufgewertet hätte und diplomatisch auch in Washington verstanden und gewürdigt worden wäre.

Neue Schwere über Deutschland

Auch zu Beginn der neuen Legislaturperiode ist die Bundesregierung offensichtlich nicht bereit, von diesem Irrweg abzurücken. Zu Beginn der zweiten Amtszeit der Bundesregierung Schröder/Fischer liegt eine neue Schwere über Deutschland – bleierner als je zuvor. Erst jetzt wird die folgeschwere Tragweite des so genannten deutschen Weges deutlich.

Als am 8. November 2002 der Sicherheitsrat ohne Gegenstimme und selbst mit Zustimmung Syriens für eine kraftvolle UNO-Resolution stimmte, die in der zweiten Phase auch militärische Maßnahmen gegen den Irak miteinschließen kann, wurden Deutschlands fatale Isolierung und Handlungsohnmacht schlaglichtartig deutlich. Es hätte dieser Regierung gut angestanden, selbst mit den anderen Mächten diese UNO-Resolution entwickelt zu haben. Damit wäre die UNO gestärkt worden, doch stattdessen hatte Deutschland sich isoliert, die UNO geschwächt und Saddam Hussein in seinem gefährlichen Tun durch kraftlose Nachgiebigkeit bestärkt. Die fatalen Folgekosten dieses Versagens werden die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik noch länger belasten. Es wird

Deutschland noch mehr kosten, wird Deutschlands Ansehen noch nachhaltiger beeinträchtigen, als es sich die Regierungen heute in Berlin vorstellen.

Moralischer Provinzialismus

Es ist an der Zeit, dass sich diese Regierung von moralischem Provinzialismus verabschiedet und stattdessen diplomatisch professionell auftritt und außenbeziehungsweisesicherheitspolitische Lernfähigkeit zeigt. Zivilisatorisches Vorbild und Sinn für militärische Sicherheitspolitik schließen sich nicht aus, sondern bedingen sich gegenseitig im Primat der Selbstbehauptung. Wenn dies in Berlin begriffen wird, wird man in Washington auf deutsche Sachargumente hören. Die Bundesregierung könnte auch dann auf innenpolitische Zustimmung bauen und findet ebenfalls außenpolitischen Respekt in Europa und in der übrigen Welt.

Deutsche Bundesregierungen von Adenauer bis Kohl haben Kritik an den USA in der Regel diplomatisch geschickt formuliert und dabei Einfluss gewinnen können. Was dieser Bundesregierung fehlt, ist eine eigene außenpolitische Konzeption mit Interessenprioritäten, die Deutschlands Beziehungen zu den nachbarschaftlichen Ländern, Nationen und Regionen deutlich macht und darüber hi-

naus andeutet, wie und wo sich Deutschland gemeinsam oder allein positionieren und engagieren will.

Doch für Außenminister Fischer sind nationale Interessen offensichtlich etwas Minderwertiges. Glaubt er an eine interessenlose Welt, in der das vereinte Europa für mehr Menschenrechte, zivilisatorischen Fortschritt und Friedenswahrung eintreten kann, ohne dabei auf militärische Sicherheitsnotwendigkeiten und nationale Interessen achten zu müssen? Das wäre fatal. Dann würde er Gefahr laufen, die Fallen der Realpolitik zu übersehen, die Bedeutung der transatlantischen Bindungen auch für Europa zu mindern.

Der Preis, den Berlin in Washington wird zahlen müssen, um außenpolitisch wieder mitspielen zu dürfen, wird hoch sein: Förderung des türkischen Interesses am EU-Beitritt, tatkräftige Unterstützung der amerikanischen NATO-Politik, Erhöhung der sicherheitspolitischen Beiträge im Kampf gegen den internationalen Terror und schließlich kein Widerstand gegen die amerikanische Irak-Politik mehr. Das bedeutet im Klartext, dass die Bundesregierung Schröder/Fischer im Gegensatz zur eigenen Rhetorik weiter mit wenig außenpolitischem Handlungsspielraum und weiter unter Ansehensverlust handeln muss.

Nachtrag Januarausgabe 2003

In ihrer letzten Ausgabe publizierte die *Politische Meinung* zu ihrem Schwerpunkt „Freund Frankreich“ unter anderem den viel beachteten Beitrag von Dominique Moïsi unter der Überschrift „Nüchternheit statt Nostalgie“. Die Übersetzung aus dem Französischen stellte uns Michael Mertes zur Verfügung, was versehentlich unter dem Text selbst nicht vermerkt wurde.

Die Redaktion dankt sehr herzlich für die engagierte Unterstützung.